

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 M. 54 Pfg.

Verleger: Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitrubender und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Alttauernberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burghardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Gruno bei Rodorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Jähndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Lindbach, Vogen, Rohorn, Rittig-Roigsen, Mung. Reutichen, Neutauernberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schandewalde, Sora, Steinbach bei Rohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterkorf, Weistroy, Wildberg.

Druck und Verlag von Arthur Schaube, Wilsdruff. Für die Redaktion und den amtlichen Teil verantwortlich: Hugo Friedrich, für den Inseratenteil: Arthur Schaube, beide in Wilsdruff.

Nr. 123

Sonnabend, den 19. Oktober 1907.

66. Jahrg.

Herr Franz Hugo Siekmann, Privatist in Röhrsorf ist als Gemeindevorstand seines Ortes, und die Herren Hermann Richter, Gutsbesitzer daselbst und Paul Heinzmann Kaufmann in Kesselsdorf sind als I. bezw. II. Gemeindeälteste

ihrer Orte gewählt bezw. wiedergewählt und von der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft in Pflicht genommen worden. Weissen, am 9. Oktober 1907. Die königliche Amtshauptmannschaft.

Zur Thronrede.

Die in der Thronrede niedergelegte Regierungserklärung ist diesmal etwas umfangreicher ausgefallen, als gewöhnlich. An der Spitze trägt die Thronrede des Königs eine persönliche Note: es ist dem Monarchen Herzensbedürfnis, seinem Volke zu danken für die Kundgebungen treuer und anhänglicher Gesinnung, die König Friedrich August in der Tat in allen Teilen seines Landes in so reichem Maße erfahren hat, wie selten einem Fürsten zuteil geworden. In diesen, seiner liebgewordenen Persönlichkeit in erster Linie geltenden Kundgebungen der Treue und des Vertrauens, läßt König Friedrich August in edler Bescheidenheit auch die Organe seiner Regierung teilhaben, und er hat in der Tat ein Recht zu der Annahme, daß die Anteilnahme und die Freude des Sachverständigen an unseren staatlichen Einrichtungen in den letzten Jahren wieder zu wachsen begonnen hat. Es hat erfreulicherweise in den weitesten Kreisen der Bevölkerung wieder die Erkenntnis Platz gegriffen, daß der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung, den unser Sachsen genommen, nicht nur ein Produkt der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur gewesen, sondern daß auch die im Staatsleben maßgebenden Faktoren, Regierung und Volksvertretung, das Verdienst für sich in Anspruch nehmen dürfen, in gemeinsamer treuer Arbeit die Interessen des Landes und der Bevölkerung redlich gefördert zu haben. An dieser Erkenntnis werden hoffentlich in Zukunft alle aus kleinlichem Parteinteresse hervorgegangenen Versuche, einen Interessen-Zwiespalt in die Bevölkerung zu tragen, endgültig scheitern, und die in der 2. Kammer gestern mit Einstimmigkeit erfolgte Wahl des Präsidiums läßt die Hoffnung erwarten, daß die politischen Parteien des Landtags sich zu gemeinsamer Arbeit wieder friedlich zusammensuchen werden. Die Hauptaufgabe des Landtags wird es sein, ein Wahlgesetz zu schaffen, das den in der Thronrede ausgesprochenen Erwartungen entspricht, sei es nun auf der von der Regierung vorge schlagenen Basis, sei es auf anderem Wege.

Daß der erfreuliche Aufschwung in unserem Erwerbsleben anhält, und damit auch, wie die Thronrede feststellt, die Einnahmegerassen des Landes in erwünschter Aufwärtsbewegung verharren, ist um so erfreulicher zu hören, als dadurch die Möglichkeit gegeben ist, die durch die allgemeine Teuerung arg gedrückte Lage der Beamten schaft zu verbessern. Es war eine unerlässliche Notwendigkeit, den Beamten die Möglichkeit zu geben, das durch die Teuerung erschwerte Gleichgewicht in ihrem Haushalte wieder herzustellen. Der Staat braucht vor allem zufriedene Beamte, und so ist die in Aussicht gestellte Verbesserung der Lage seiner Beamten auch eine Staatsnotwendigkeit. Daß auch für eine allgemeine Aufbesserung der Dienstbezüge der Lehrer Sorge getragen werden soll, ist recht und billig. So werden hoffentlich die berechtigten Wünsche dieser beiden Kategorien unserer Bevölkerung in vollem Maße erfüllt.

Eine schwere Enttäuschung freilich wird den weiten Kreisen der Steuerzahler durch die in der Thronrede enthaltene Erklärung bereitet, daß sich die Regierung nicht in der Lage sieht, an eine Ermäßigung der Sätze des erhöhten Einkommensteuer-Tarifs heranzutreten. Bereits vor Monaten war die öffentliche Meinung offiziell darauf vorbereitet worden, daß die Regierung nicht gewillt ist, auf den Steuerzuschlag zu verzichten, der von der Volksvertretung bis mit Ablauf der gegenwärtigen Finanzperiode bewilligt worden war, und es hat nun leider den Anschein, als wenn die Regierung den erhöhten Einkommensteuer-Tarif zu einem dauernden zu machen gedenke. Bevor der Etat nicht vorliegt, bevor im besonderen nicht bekannt ist, welche Ueberhörsche der letzte Staatshaushalt ergeben hat und der gegenwärtige ergeben wird, bevor man auch nicht weiß, welche Ausgaben der Haushalt in den ordentlichen Etat zu übernehmen gedenkt, ist es nicht möglich, kritisch an die bezüglichen Erklärungen der Thronrede heranzutreten. Sollte sich allerdings die gehagte Erwartung erfüllen, daß die erzielten Ueberhörsche im Staatshaushalt an die Höhe des gezahlten Zuschlages zur Einkommensteuer heranreichen oder diese gar über-

schreiten, so wird man sich wohl darauf gefaßt machen müssen, daß die Volksvertretung nicht ohne weiteres zu der beabsichtigten Beibehaltung des Steuerzuschlages Ja und Amen sagen wird. Näher der Wahlreform wird diese Frage die Sänderversammlung wohl am tüchtigsten beschäftigen.

Mit dem vorläufigen Verzicht auf die Einbringung eines Gemeindefteuergesetzes ist ein gefährlicher Streitpunkt aus den Verhandlungen ausgeschieden, während die in Aussicht genommene Reform des Kirchen- und Schulsteuerwesens wohl eine glatte Erledigung erwarten darf, ebenso wie der Gegenwurf über die Fürsorgeerziehung. Auch daß es bezüglich des Wasserregulierungswesens zu einem Kompromiß kommt, darf man füglich wohl erwarten. Die weiteren in Aussicht gestellten Vorlagen werden sicher auch ihre Erledigung finden.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 18. Oktober 1907.

Ein vorbildlicher Ostmarkdeutscher.

Herr von Bernsdorff-St. Beland hat nach der „Danz. Allgem. Ztg.“ den Verkauf seines Gutes aus nationalen Rücksichten rückgängig gemacht. Herr von Bernsdorff glaubte, dem Uebergange seines Landgutes an einen Polen durch eine Vertragsstrafe von 30 000 Mark einen Niegel vorgeschoben zu haben; ihm schien aber trotzdem die befürchtete Polenwirtschaft auf seinem Gute nicht ausgelassen, und da er es nicht dahin kommen lassen wollte, zahlte er lieber das Neugeld. Bravo!

Ein verlockender Posten.

Eine gediegene Zamattung stellt der Marktmagistrat des 600 Einwohner zählenden Fleckens Schönberg in Niederbayer n an den Arztstand. Er hat ein Inserat ausgegeben, das lautet:

Arzt, tüchtiger, welcher nicht Mitglied des Ärzte-Verbandes ist, wird für sofort gesucht. Vorläufiges Fixum 500 Mark, Kassen in Aussicht. Alles näher direkt und ganz offen durch Markt-Magistrat Schönbach i. Ndb.

500 Mark Fixum und Kassen in Aussicht in einem Nest von 600 Einwohnern und dazu das Verbot, seiner Standesorganisation anzugehören! Respekt vor dem Marktmagistrat in Schönberg im gottbegnadeten Niederbayer n! Von einer mißglückten sozialdemokratischen Athleten-Propaganda

erzählt der „Berl. Vär.“. Danach ist die Sozialdemokratie freigebrecht, die Athleten, Ringkämpfer, Artisten usw. in den Kreis ihrer Bestrebungen zu ziehen. Am Sonntag war eine große Versammlung nach dem „Englischen Garten“ in Berlin einberufen, in der Arbeitersekretär Eugen Bräuner über die Veranziehung der genannten Gruppen zur Sozialdemokratie referieren wollte. Die Versammlung bedeutete einen Misserfolg schlimmsten Grades. Die starken Männer, auf die man gerechnet hatte, waren ganz ausgeblieben. Neben dem Einberufer waren nur einige Mitglieder des Athletenbundes erschienen. Dazu einige Neugierige, die das „Schauspiel“ genießen wollten, wie die starken Männer der Sozialdemokratie beim Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung helfen. Ob die Sozialdemokratie bei der Interesslosigkeit der Athleten, jetzt dazu kommen wird, die „Kiesendamen“ für ihre Zwecke aufzubieten?

Die Kronprinzessin Alexandrine von Dänemark, eine Schwägerin des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin und der deutschen Kronprinzessin Cecilie, ist seit längerer Zeit leidend. Halbamtlich wird verbreitet, die Kronprinzessin Alexandrine leide nur an Bronchitis und begehre sich zu deren Heilung nach St. Moritz. Doch weiß jedermann in Kopenhagen, daß die junge, allgemein beliebte und lebenswürdige Prinzessin an Lungentuberkulose erkrankt ist. Sie fühlte sich seit langem leidend, ohne daß die Ursache ihres Leidens bekannt wurde. Dann zog man den Hofrat Professor Gram zu Rate und dessen Gutachten lautete auf Tuberkulose. Die Bestärkung am Hofe ist begrifflich.

„Neues“ vom serbischen Kronprinzen.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß es am Dienstag nach dem Diner im Palais zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Kronprinzen und dem Kommandanten der Leibgarde, Danjitsch, der vom Kronprinzen beschimpft und aus dem Palais gewiesen worden sein soll, kam. Wegen fortgesetzter Mißhandlung des Hofpersonals durch den Kronprinzen soll demnächst auch ein Befehl der obersten Hofämter erfolgen. Aus demselben Grunde ordnete der König an, daß der Kronprinz, der bisher in einem gemieteten Privathause wohnte, in das Palais überbesiedelt.

Aus Stadt und Land.

Wiltzungen aus dem Bekehrte für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 18. Oktober 1907.

— Öffentliche Stadtgemeinderatsitzung am

17. Oktober Den Vorsitz führt Bürgermeister Kahlenberger. Es fehlt St. N. Wägel. Der Ratsskriptist Felgner bittet um seine Entlassung für den 15. November, da er anderweit Anstellung gefunden hat. Dem Gesuch wird Folge gegeben. Von einer Eingabe des Herrn Walter Schmidt betr. Bahnbauten nimmt man Kenntnis. — Herr Kaufmann Rich. Eckelt hat einen Teil der Parkstraße vorschriftsmäßig ausgebaut, er bittet nunmehr um Uebernahme der Straße durch die Stadt. Man überweist die Angelegenheit der Tiefbaudeputation. — Das Pflaster vom Beutlermeister Jungschen bis Bruno Jansschen Grundstück soll umgepflastert werden. Bürgermeister Kahlenberger empfiehlt, dabei die alten Steine zu verwenden. St. N. Kanst empfiehlt, dort Trottoir zu legen. St. N. Bretschneider führt aus, das habe man schon früher beabsichtigt. Es sei aber geheimer am Widerstand der Anlieger, die den Trakt zum Teil mit Lastwagen befahren. Er empfehle, die Pflasterung noch in diesem Jahre vorzunehmen. St. N. Trepte bemerkt, die Anlieger wünschten jetzt zum Teil Trottoir. Auch das Gelände müsse aufgedichtet werden. Es sei eine Schande, wie jetzt das Gelände aussähe. St. N. Frühant empfiehlt, halbhochste Steine zu verwenden. St. N. Goerne erwidert Herrn Trepte, den Anliegern sei eben wegen des Wagenverkehrs mit einer Beflästerung besser gebient als mit Trottoir. Für die Trottoirlegung seien schließlich nicht einmal haushaltplanmäßige Mittel verfügbar. Wollte man mit Trottoir anfangen, dann muß man auch den Trakt nach der Stadt berücksichtigen. Bürgermeister Kahlenberger führt aus, die Straße sei für die Anlieger ein Wirtschaftsweg; da sei Trottoir nicht zweckmäßig. Wollte man den Wagenverkehr mit Rücksicht auf das Trottoir auf die fiskalische Straße verweisen, so würde das für die Anlieger eine kolossale Erschwernis bedeuten. St. N. Kanst bescheidet sich, er empfiehlt aber, bei der Pflasterung gleichzeitlich für die noch nicht an die Wasserleitung angeschlossenen Grundstücke den Anschluß vorzunehmen, um ein späteres Aufreißen des Pflasters zu vermeiden. Man beschließt einstimmig die Bornahme der Pflasterung. — Ein Vaugesuch des Herrn Arthur Eckelt betreffend einen Abdellschuppen, wird nach dem Antrage der Deputation bedingungslos weitergegeben. — Herr Biegeleibstiger Brätorius beabsichtigt, eine Sämpfanlage auf seinem Grundstück zu errichten. Auch hierzu werden Bedingungen nicht gestellt. — Der Vorsitzende gibt die Einladung zur Teilnahme an der Versammlung des sächsischen Landesverbandes gegen Mißbrauch geistiger Getränke bekannt. Von einer Besichtigung der Versammlung sieht man ab. — Herr Schügenhaus besitzer Schumann ersucht um Anschluß seines Grundstückes an die städtische Wasserleitung. In der Sache hat eine Lokalbesichtigung stattgefunden. Der Vorsitzende betont, man habe zwei Wege: entweder solle man das Grundstück kurzerhand von der Hofstraße anschließen oder einen Kreislauf herstellen. St. N. Schlichenmayer und St. N. Lohner konstatieren, daß man bei der Besichtigung den Anschluß von der Hofstraße aus empfahl. St. N. Breischneider gibt technischen Aufschluß über die ins Auge